

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 28. Oktober 1924

Die Pläne zweier neuer Wohnhausbauten der Gemeinde genehmigt.

Dem technischen Gemeinderatsausschuss lagen in der letzten Sitzung ^{die Plan-}Entwürfe zweier Wohnhausbauten vor. Der eine befindet sich im 13. Bezirk, Hütteldorferstrasse. Die Ausarbeitung der Pläne stammt vom Architekten Ing. Josef Beer. In drei, bez. vier Stockwerken sind 66 Wohnungen, 1 Atelier, 2 Geschäftslokale und eine Badeanlage untergebracht. Die Baukosten betragen 7.4 Milliarden. Der zweite Wohnhausbau, dessen Kosten mit 15.7 Milliarden berechnet sind, wird von den Architekten Bau-
rat C.M. Kattner und A. Graf im 10. Bezirk, Trostgasse ausgeführt. Er enthält 136 Wohnungen, 2 Geschäftslokale, 1 Werkstätte - 1 Badeanlage, 1 Kinderhort. Zusammen wurden also die Baupläne für 202 Wohnungen samt

Geschäftslokalen u.s.w. ausgearbeitet und als Baukosten dafür 23.1 Milliarden genehmigt.

Goldene Hochzeiter. In der vorigen Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren Salomon und Ernestine Glaser, IX, Meynertgasse 6, Julius Karl und Maria Liebseher, IX, Sobieskigasse 19, Geprg und Therese Stamm, XVII, Rokitaniskygasse 16, Josef und Josefa Tilke, XXI, Bismarkplatz 16 mit anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde.

Der Fahrpreis auf der Strassenbahn am Samstag. Am Samstag, den 1. November (Allerheiligen) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntagsfahrpreis. Es haben schon an diesem Tage die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten, sowie die Fürsorgefahrtscheine keine Giltigkeit.

Gehrte Redaktion!

Der amtsführende Stadtrat für technische Angelegenheiten ersucht freundlichst zu der am Donnerstag den 30. Oktober 1924 stattfindenden

Besichtigung der Einrichtungen für die Strassenpflege einen Vertreter zu entsenden.

Es werden die neuen Schneepflüge, die Schnee Schmelzvorrichtungen, der städtische Fuhrpark und die Sammelstätte für den Kehrriech besichtigt. Die Abfahrt erfolgt mit Kraftwagen pünktlich um 11 Uhr vormittags vom Neuen Wiener Rathaus, Lichtenfelsgasse.

H A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur :
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag den 28. Oktober 1924 .

Die Vertreter des Gast- und Schankgewerbes beim Bürgermeister.

Heute Vormittag erschien beim Bürgermeister eine größere Delegation, bestehend aus Vertretern der Lebensmittelsektion des Wiener Gewerbevereins, in dem die 25 Approvisionierungsgenossenschaften vereinigt sind, ferner aus Vertretern des Verbandes der Konzertlokalbesitzer, des Gremiums der Hoteliers, der Genossenschaft der Kaffeesieder und Kaffeschänker, der Gastwirte, Weinschänker und Zuckerbäcker. Herr Gratzer vom Verband der Konzertlokalbesitzer gab eine Darstellung der gegenwärtigen Lage des Gast- und Schankgewerbes, das alle Folgeerscheinungen der wirtschaftlichen Krise zu tragen habe und dazu unter den hohen Steuern~~xxxxxxx~~ und der Kontrolle leide. Herr Ecker erklärte Namens der Kaffeesieder, dass eine Erhöhung der Preise nicht mehr möglich sei. Kommerzialrat Holzmann führte namens der Gastwirtgenossenschaft aus, dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe eine Inflationssteuer gewesen sei und zur Zeit eingeführt wurde, als die Gemeinde selbst in schwerer finanzieller Not war. Heute, da der Rechnungsabschluss die Sanierung der Gemeinde erwiesen habe, ^{sollte sie} nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sei ursprünglich als eine Luxussteuer für die großen Betriebe gedacht gewesen, während heute ein Viertel aller Gastwirtschaftsbetriebe dieser Steuer unterworfen sei. Herr Keller vom Gremium der Hoteliers besprach die Fremdenzimmerabgabe und beklagte insbesondere, dass mit dieser auch Hotelzimmer belegt werden, die an ständig wohnende einheimische Gäste vermietet werden. Herr Kraus von der Gastwirtgenossenschaft sprach sich gegen die Pauschalierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe bei kleinen Betrieben aus und Herr Zezulka von der Genossenschaft der Zuckerbäcker beanstandete insbesondere die Einreihung kleiner Betriebe seiner Branche in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Herr Niederle vom Wiener Gewerbevereinsverband führte aus, wie sämtliche mit Approvisionierung zusammenhängende Gewerbe an dem Bestehen des Gast- und Schankgewerbes interessiert seien und überreichte ebenso wie Herr Hengl von der Genossenschaft der Weinschänker dem Bürgermeister eine Denkschrift. Zum Schlusse formulierten die erschienenen Vertreter der Korporationen die Forderungen, dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ebenso wie die Fremdenzimmerabgabe vollständig aufgehoben und die Lustbarkeitssteuer pauschaliert werde.

Bürgermeister Seltz erwiderte, die traurige Lage des Gast- und Schankgewerbes sei ihm wohl bekannt und eine schwere Sorge. Die Ursache der Krise sei mannigfacher Natur und gehe im Grunde vor allem darauf zurück, dass Wien nicht mehr der Mittelpunkt eines grossen Reiches und eines glänzenden gesellschaftlichen Lebens sei. Aber auch die Weltwirtschaftskrise und innerhalb dieser die Krise unserer Industrie und unseres Handels wirkt auf den Fremdenverkehr. Da Wien die im Frieden bestandenen Steuermöglichkeiten entzogen wurden, musste die Stadtverwaltung auf andere Steuerquellen bedacht sein.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinde einzuschränken sei unmöglich, weil nur durch sie der Industrie Arbeit verschafft wird. Eine wesentliche Schwächung der Einnahmen der Gemeinde erklärte der Bürgermeister daher nicht ins Auge fassen zu können, doch sei er gerne bereit, Vorschläge insbesondere bezüglich der Einhebung der Gemeindesteuern entgegenzunehmen. Er werde übrigens den ganzen Fragenkomplex mit dem Finanzreferenten eingehend erörtern. Leider ist zu befürchten, dass selbst, wenn es möglich wäre die für diese Gewerbe massgebenden Bundes- und Gemeindesteuern, das ^{ist} die Warenumsatzsteuer und die Lustbarkeits- sowie die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu ermässigen - was übrigens nur gleichmässig und im Vereinbarungswege zwischen der Bundesregierung und der Gemeinde geschehen könnte - eine solche Massregel wohl keineswegs geeignet wäre, die schwere Krise der Gast- und Schankgewerbes einzudämmen. Ueber einzelne von den Vertretern vorgebrachte spezielle Wünsche, insbesondere über die Einreihung kleiner Betriebe in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe versprach der Bürgermeister sich mit dem Magistrat ins Einvernehmen zu setzen, damit besondere von den kleinen Geschäftsleuten schwer empfundene Härten vermieden werden.

WIENER GEMEINDERAT.

Bürgermeister Seitz eröffnet um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr die Sitzung. Nach der Wiederwahl der Schriftführer teilt der Bürgermeister mit, daß zu den Geschäftsstücken 10 und 17 keine Wortmeldung vorliegt. Diese Posten sollen für genehmigt erklärt werden.

Hierauf wird Spezialdebatte über den Hauptrechnungsabschluß pro 1923 bei der Gruppe IV Wohnungswesen fortgesetzt.

G.R. Doppler (Chr. Soz.) kritisiert die Führung des Wohnungsamtes. Die Christlichsozialen müssen eine lange Reihe von Beschwerden vorbringen und sie tun es in der Erwartung, daß dadurch vielleicht doch eine andere Richtung in der Wohnungspolitik eingeschlagen werde. Die Zahl der Wohnungsbewerber sei im Jahre 1923 von 42.000 auf 64.000 gestiegen, wobei in der Klasse I zu Beginn 17.000 am Schlusse 21.000 vorgemerkt waren. Der Halbjahresbericht pro 1924 weist 76.476 Wohnungssuchende aus, davon in der Gruppe I 21.368. Daraus ergebe sich die Tatsache eines bedeutenden Zuwachses an Notständen und die allerschmerzhaftesten Aussichten für die Zukunft. Von einer Besserung des Wohnungseleude könne man nicht sprechen. Bei der Betrachtung der Sachlage komme man zu dem Gedanken, ob in der gesamten Wohnungspolitik nicht schwere grundsätzliche Fehler vorliegen. Redner bezeichnet das System der Rationierung und Rayonierung als verfehlt, auch das Beginnen den Wohnungsbau öffentlichen Körperschaften zu übertragen. Hier müssen andere Schritte eingeschlagen werden. Das Wohnungsamt habe sich die Praxis zurechtgelegt wirkliche Notständler von Monat zu Monat zu vetrösten, um keine Notstandsvormerkungen vornehmen zu müssen. Auf diese Weise werde das Anschwellen der Notständler künstlich eingedämmt. Hier müsse gefordert werden, daß alle, die ihre Wohnung schuldlos verloren haben wirklich sofort als Notständler anerkannt werden. Redner zählt eine Liste von Wohnungslosen auf, darunter einen Bundesbeamten, der fast seine ganzen Gehaltsbezüge für Hotelmieten ausgeben müsse. Und solchen Leuten werde das Merkmal des Notstandes nicht zugebilligt. Auch die ganze Zuweisungsmethode sei nichts als eine reine Formsache. Die Mitglieder der Zuweisungssenate seien Statisten, die zu unterschreiben haben, was eine höhere Gewalt ihnen vorschreibt. Den freigewählten Mandataren aus den Kreisen der Minorität werde jede wirkliche Mitarbeit und Einflußnahme verwehrt, beispielsweise habe der christlichsoziale Obmann-Stellvertreter nichts zu reden, man nullifiziere eine ganze Fraktion anstatt ihre Wünsche sachlich zu prüfen und zu berücksichtigen. Es gibt eine ganze Reihe von Beschwerden deren Behebung vom amtsführenden Stadtrat erwartet werde, weil er bisher immer gezeigt habe, daß er die Mitarbeit der Opposition nicht ungern sehe. Wenn ihr aber zugemutet werde Statisten ^{dienste} zu leisten, so sei es gleich besser die ganze Arbeit der Mehrheit zu überlassen.

Auf die Frage des Mieterschutzes übergehend verwehrt sich Redner entschieden gegen den Vorwurf als ob die Opposition den Abbau des Mieterschutzes in der Richtung betreibe, daß sie den Schutz gegen Verlust der Wohnung aufheben und ungerechte Kündigungen gutheißen wolle. Hingegen trete allerdings die christlichsoziale Partei gegen die verlogene Aufrechterhaltung des Mietzinses, der das 150fache des Friedenszinses betrüge, auf, denn es ist doch Tatsache, daß heute schon weitaus höhere Zinsleistungen erfolgen und man bereits bis

zu Steigerungen des 3000 bis 4000fachen Mietzinses gekommen ist. Nur eine verlogene Demagogie könne diese Tatsachen verdunkeln. Die in der Broschüre Dr. Dannebergs erhobenen Beschuldigungen gegen die Christlichsozialen sei eine Stimmungsmacherei, der die Tendenz zugrundeliegt, das Versagen der Wohnungspolitik der Mehrheit durch unwahre Behauptungen gegen die Christlichsozialen zu verdecken.

Die Frage der Gehsteigreinerung würde nun merkwürdigerweise mit dem Wohnungswesen in Zusammenhang gebracht. Zur Zeit der christlichsozialen Herrschaft haben die Sozialdemokraten immer die Forderung vertreten, daß die Gemeinde die Gehsteigreinerung zu übernehmen habe und der Obmann der Sozialdemokratischen Hausbesorgerorganisation Herr Mättler ist mit Händen und Füßen für diese Forderung eingetreten. Merkwürdig wie einsichtsvoll dieser Mann, der noch vor einem halben Jahr von der Pflicht der Gemeinde zur Gehsteigreinerung gesprochen, jetzt die gegenteilige Ansicht vertritt. Er scheint nun mit beiden Füßen in die Laube gesprungen zu sein.

G.R. Preyer (Chr. Soz.): Weil er das Laubhüttenfest gefeiert hat. (Heiterkeit bei der Minderheit).

G.R. Doppler: Jetzt ist Herr Mittler dafür, daß die Mieterschaft die Lasten der Gehsteigreinerung übernimmt und auch die Vertreter der Mieterorganisationen haben bei der gestrigen gemeinsamen Beratung unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates WEBER dieser Anschauung beigepflichtet. Augenscheinlich handelt es sich hier um eine abgekartete Komödie, man hat die Besprechung nur zu dem Zwecke einberufen um die Form der Demokratie zu wahren. Redner schließt mit der Erklärung, daß er dem Rechnungsabschluß auf das Schärfste ablehne. (lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

G.R. Ullreich (Chr. Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den verschiedenen Posten des Kapitals „Sozialpolitik“ und beanstandet, daß sich im Rechnungsabschluß sogar bei der Gruppe „Arbeitsnachweis und Dienstvermittlung“ ein Ueberschuß herausstelle. Redner beklagt die Erhöhung der Vermittlungsgebühren bei der städtischen Dienstvermittlung, die die Auflassung mehrerer Arbeitsnachweise und Dienstvermittlungsstellen zur Folge gehabt habe. Die Vermittlungsgebühren sollten für die Arbeitslosen verwendet werden. Die Zustände im Hause in dem das städtische Arbeitslosenamt untergebracht sei, sei sehr reformbedürftig. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen verlangt Redner die Ermäßigung der Gebühren der Akademie für soziale Verwaltung. Bezüglich des Wohnungswesens sei es wünschenswert, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Wohnungsbauten Hypothekarkredite gebe, damit neue Wohnungen erstehen. Die gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften haben sich bemüht, dem Bundes- Wohn- und Siedlungsfond weitere Mittel zu verschaffen indem sie die Beitragsleistung, die gegenwärtig drei Kronen pro Kopf und Woche von jedem versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten betrage wenigstens auf 1 00 Kronen erhöhen. Eine diesbezügliche Novellierung des Gesetzes sei aber infolge der sozialdemokratischen Mitglieder des Beirates nicht zustande gekommen, die die Zustimmung der Gemeinde Wien verlangten. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Gemeinde auch die private und die gemeinnützige Wohnbautätigkeit fördere. (Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R.Dr. Plaschkes (jüd. nat.) erklärt, daß er sich den Ausführungen des Gemeinderates Doppler vollkommen anschließen müsse, wünsch die neue Wohnbausteuer und jetzt die neue Abgabe für die Hausbesorger den Mieterschutz praktisch derartig verschlechtert habe, daß von seiner Aufrechterhaltung nur bezüglich der Kündigungsbeschränkung keineswegs aber bezüglich der Erhöhung des Mietzinses gesprochen werden könne. Es sei ein Selbstbetrug, wenn er an diesen gesetzlichen Bestimmungen noch festhalte und es werde sich nicht verhüten lassen auch hier zu einer Remidur zu schreiten. Es müsse auch die private Bautätigkeit gefördert werden und vor allem solle man es verhüten, daß die bestehenden Bauten zugrundegehen, weil die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien keine Renovierungskredite mehr ausbebe. Die befreundeten Blätter des Stadtrates Breitner verlassen sichtlich das sinkende Schiff und geben dem Finanzreferenten die Ratschläge zurück die er in der Pressekonferenz erteilt habe. Beide Teile scheinen eben mit Ratschlägen reichlich versehen zu sein.

G.R. Weber: Man sagt Eses und mit denen sind wir versorgt.

G.R. Dr. Plaschkes: In der Pressekonferenz hat also Stadtrat Breitner Ratschläge gegeben aber der Freund des Herrn Stadtrates Breitner der Herr Bekessy weist auf Berlin hin und fragt warum sich Stadtrat Breitner diese so glänzend verwaltete Stadt nicht zum Muster nimmt.

St. R. Breitner: Schulden bis über den Kopf!

G.R. Dr. Plaschkes bespricht dann die Lage der Wiener Vergnügungstätten durch die so viel Angestellte Verdienst finden. Die Frage des Freundes des Herrn Stadtrat Breitner des Herrn Bekessy

G.H. Broczyner: Das ist doch eine Geschmacklosigkeit!

G.R. Dr. Plaschkes: Ich bin nicht so geschmackvoll wie Sie, ununterbrochen zu schweigen.

Fr. G.R. Dr. Furtgüller: Anmaßung!

G.R. Dr. Plaschkes: Ich gebe Ihnen nur deshalb keine Antwort weil Sie eine Dame sind!

Redner schließt mit der Frage der „Stunde“ wozu Stadtrat Breitner die Verantwortung für den Zusammenbruch verschiedener gewerblicher Betriebe auf sich nehmen.

Stadtrat Weber sagt er begreife es vollkommen, daß G.R. Doppler mit dem Wohnungsamt und seiner Führung sehr unzufrieden sei. Ein oppositioneller Redner könne in dieser Saale nicht seine Billigung aussprechen. Doppler habe aber Ursache und Wirkung verwechselt. Wenn man die heutige Obdachlosigkeit mit der der Jahre 1910, 1911 und 1912 vergleicht und sich vorhält, daß damals die absolute Freiheit im Häuserbau bestand, jeder sich die Wohnung suchen konnte wie er wollte und sich erinnert, daß im November 1911 ein großer Demonstrationzug über den Ring zum Rathaus sich bewegte um hier gegen das grausige Wohnungsproblem zu demonstrieren, der muß sich wohl sagen, daß nach einer Wohnungsproduktionseinstellung von acht Jahren die Zahl von 1300 Wohnungslosen heute keineswegs so erschreckend ist. Besonders dann nicht, wenn er auch diese Zahl mit der Zahl der Obdachlosen in anderen Großstädten vergleicht. Auch dort sind die Asyle überfüllt und tausende Menschen sehen ^{bettelnd} von Haus zu Haus um ein Obdach zu erhalten. Wir wissen schon, daß die Wohnungsbewirtschaftung keine dauernde sein wird und wir sind nicht der Ansicht, daß das der wünschenswerte Zustand ist, daß jeder die Wohnung nehmen muß, die ihm das Wohnungsamt zuteilt. Das ist keine sozialdemokratische Einrichtung, nicht eine Folge der Verwaltung durch die sozialdemokratische Mehrheit, sondern die Zwangsbewirtschaftung wurde uns aufgenötigt, einerseits als Folge der entsetzlichen Wohnungs-

not, andererseits ist sie durch die überaus segensreiche Hebung der Wohnkultur hervorgerufen worden. Heute sind Tausende von Mietern nicht genötigt in die Wohnung Bettgeher zu nehmen, um sich ein ergänzendes Einkommen zu schaffen. Nun beschwert sich G.R. Doppler auch, daß bei der Beurteilung der Einreihung mit einer unglaublichen Härte vorgegangen werde. Das bestreite ich, weil für das Merkmal des Notstandes ganz bestimmte Vorschriften bestehen. Wir sind verpflichtet aus der großen Fülle der Vormerkmale die dringenden herauszuheben. Wer alles getan hat um seine Wohnung zu erhalten aber trotzdem gekündigt wurde, wer infolge des baupolizeilichen Auftrages oder eines Auftrages des Gesundheitsamtes die Wohnung verlassen muß, der wird in die Liste der Notstandsfälle eingereiht. Solcher Fälle gibt es derzeit in Wien 1300. Nun trachten viele Wohnungssuchende in die Liste hineinzukommen. Der Eine bemüht sich bei den Funktionären, der Andere versucht sich selber obdachlos zu machen, er lebt einige Wochen im Asyl nur um eine Notstandszuweisung zu erhalten. Das ist eine Feststellung die ihre Bestätigung durch ein Gerichtsurteil findet. In der Begründung dieses Urteils spricht der Richter klipp und klar aus, daß der Egoismus einzelner Menschen sich bestrebt rücksichtslos zu einem Vorteil zu gelangen. Der Betreffende heiratet läßt sich kündigen er wird delogiert kommt in die Notstandsliste und erhält eine Wohnung die er sonst nie erreicht hätte. Das ist für viele Fälle die Wahrheit. Nun hat das Wohnungsamt die Verpflichtung jeden einzelnen Fall zu überprüfen und zu untersuchen, ob hier eine egoistische Delogierung vorausgegangen ist. Wenn das zutrifft, erfolgt naturgemäß keine Einreihung. Dass hier eine absolute Gerechtigkeit unmöglich ist wird jedermann einleuchten. Wir haben hier nicht von dem Gesichtspunkte vorzugehen, ob unsere Entscheidung angenehm oder unangenehm ist, sondern wir haben eine große soziale Aufgabe zu erfüllen. G.R. Doppler erblickt das Heil in der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung. Der Bundeskanzler Seipel hat seinerzeit in einer Rede in Wiener Neustadt offen die Anschauung ausgesprochen, daß ein Zustand wünschenswert wäre, wenn jeder Hausherr sich seine Mieter aussuchen dürfe. Die Folgeerscheinung wäre, daß dann jeder der Geld hat eine Wohnung bekäme, der Unbemittelte aber würde ausgestochen werden, wie es eben früher der Fall war. Heute haben wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich gerade die ärmsten Schichten der Wiener Bevölkerung um Wohnungen bewerben. Und da erdulden wir lieber alle diese Unannehmlichkeiten, die einmal mit einer solchen sozialen Arbeit verbunden sind -

Auf die Bemerkungen des G.R. Doppler übergehend, daß die Mitglieder der Wohnungskommission nichts zu reden haben, ist zu bemerken, daß diesen Mitgliedern unzweifelhaft das Kontrollrecht über die Tätigkeit der Beamten zusteht. Dieses Kontrollrecht so zu verstehen, daß die Entscheidung des betreffenden Beamten, der den ganzen Akt gearbeitet hat, und nach dem Tag wissen seine Vorschläge erstattet, einfach um ^{zu} stören ist wohl irrig, da würde jede Verwaltung aufhören. Bei strittigen Fällen habe ich immer die Ueberzeugung gehabt, daß der Beamte die richtige Entscheidung getroffen hat. Sie haben die vollste Kontrolle, wie wir sie als wir noch in der Opposition waren, leider nicht gehabt haben. (Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Die Zuweisung der Wohnungen in den Neubauten kann nur vom Beamten vorbereitet und nur als ein Ganzes für ein Haus abgeschlossen werden. Wollen Sie da etwa den Proport in Anspruch nehmen? Es ist doch ganz unmöglich, daß ein Gemeinderat mit einem Schüffel von Zuweisungen kommt und einfach sagt: Die möchte ich berücksichtigt

haben. Ich lehne es ab solche Vorschläge entgegenzunehmen - für alle. Entscheidend für die Zuweisung ^{können} einzig und allein nur die Vormerkungsdaten sein. Bei der Fertigstellung der Wohnungen werden die Zuweisungen nach der Dauer der Vormerkung vorgenommen. Ich verstehe also nicht die geheimnisvollen Andeutungen, als ob hier nicht alles in Ordnung wäre und ich bin überzeugt, daß G.R. Doppler sachlich mit mir einer Meinung ist, daß man es nicht anders machen kann, daß sich alle lebhaft bemühen, das furchtbare Wohnungselend zu mildern.

In der Frage der Gehsteigreinerung hält uns G.R. Doppler vor, daß wir unsere einstige Forderung verlassen haben. Ich will das nicht bestreiten. Wir sind eben gelehrige Menschen, das ist keine Schande (Lachen bei der Minderheit). Lachen Sie nicht zu früh. Wenn wir sehen, daß eine Sache sich geändert hat ^{tragen} wir eben diesen neuen Verhältnissen Rechnung. Die Sache war im Frieden so, da zur Gehsteigreinerung der Hausbesitzer ebenso verpflichtet gewesen ist wie zur Reinerung des Hauses.

Wir haben damals die Uebernahme der Gehsteigreinerung durch die Gemeinde verlangt, weil zu jener Zeit die Mieter so hoch besteuert waren und die Gemeinde so kolossale Einnahmen aus den Umlagen für Mietzinse hatte, daß es ihr ein Leichtes gewesen wäre, die Kosten zu übernehmen. Heute ^{gibt es für} die Gemeinde keine Umlagen mehr von den Mietzinsen.

Rufe bei der Minderheit: Wohnbausteuer! (Lebhafte Unruhe)

St.R. Weber: Die ist doch was ganz anderes! Die Wohnbausteuer dient, die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen, die Wohnungslosen unter zu bringen, den Mietern jene Vorteile, die der Mieterschutz bietet dauernd zu erhalten. Die Wohnbausteuer kommt in ihrem Ertrag und in ihrer Wirkung den Mietern zugute. Die Gemeinde nimmt also aus den Mietzinsen keinen Heller für sich in Anspruch. Daß aber die Gehsteigreinerung von den Hausbesitzern nicht bezahlt werden kann, weil sie nur die Hälfte des Friedenszinses als Entschädigung erhalten, also so entschädigt werden wie die übrigen Rentner im Staate ist auch selbstverständlich. (Lebhafte Zwischenrufe

der Minderheit). Der Hinweis auf den Ueberschuß der Gemeinde im Rechnungsabschluss ist kein ernstes Argument.

Es hätte also eine eigene Steuer bezüglich der Gehsteigreinerung eingeführt, diese dann verwaltet und an rund 45-000 Hausbesitzer zur Auszahlung gebracht werden müssen, was ungeheure Verwaltungsgespesen verursacht hätte. Da nun die Mieter ^{angefangen vom Mieter} eines Kabinetts bis zu den Besitzern der Bankpalais ein Interesse an der Reinerung der Gehsteige haben, so schien es uns viel besser, daß sie die Entschädigung an den Hausbesitzer direkt bezahlen. Ich sage offen, daß wir uns dieser Entscheidung nicht schämen sondern froh sind, sie mit den Hausbesitzern und Mietern getroffen zu haben, so daß diese Angelegenheit endlich nun erledigt ist.

G.R. Freyer; Das ist der Mieterschutz!

St.R. Weber; Das dient zur Erhaltung des Mieterschutzes! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). und weil es so ist ^{der Minderheit} deshalb gefällt es Ihnen nicht. (Lebhafte Unruhe und Stürmischer Beifall der Mehrheit.)

Bürgermeister Seitz bricht die Verhandlung über den Rechnungsabschluss ab und ^{Bau} stellt zur Debatte den Ankauf zweier ^{stellen} durch die Gemeinde Wien über die G.R. Lötsch referiert und die angenommen werden.

Hierauf schließt Bürgermeister Seitz die öffentliche Sitzung. Es folgt sodann eine vertrauliche Sitzung.